

Es ist höchste Zeit für eine ernsthafte Debatte über die Einführung des Grundeinkommens!

Es scheint, als wenn wir mit dem entsprechenden Aufruf <https://grundeinkommen-es-ist-zeit.com/> den Nerv der Zeit getroffen hätten. Innerhalb von einigen Tagen haben mehrere Dutzend prominente Unterstützer*innen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und verschiedener Zugänge zum bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) unseren Aufruf unterzeichnet. Zuvor hatten in Deutschland fast eine Million Menschen diverse Petitionen für die Einführung bedingungsloser Zahlungen unterzeichnet. Selbst wenn man davon ausgeht, dass einige mehrere der vorliegenden Petitionen unterschrieben haben, bleibt das eine beeindruckende Zahl.

Die Forderungen der einzelnen Petent*innen sind recht unterschiedlich, einige wollen lediglich eine Notfallzahlung an besonders von der Krise Betroffene, andere zielen auf ein vollumfängliches Grundeinkommen gemäß der breit akzeptierten Definition, dass die Zahlung unabhängig von Erwerbsstatus und Einkommen an alle, ohne Gegenleistung und in einer Höhe, die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe sichert, erfolgen soll. Die Zahl der Unterstützer*innen, aber auch die Personen, die Petitionen verfasst haben, zeigen, dass die Forderung weit über die herkömmliche Grundeinkommensszene hinaus Zustimmung findet. Eine der Petentinnen, die unabhängige Modedesignerin Tonia Merz, argumentiert, es werde von „Billionenkrediten für die Wirtschaft“ gesprochen, Deutschland sei also ein reiches Land, das sich so etwas leisten könne. Was es aber auch brauche, seien „Menschen, die weiterhin Geld ausgeben“.

Das scheint mitten in der Krise vielen einzuleuchten. Auch wir haben beim Werben um Unterstützung für unsere Initiative nur sehr selten Stimmen gehört, die meinen, die extrem hohen Ausgaben für direkte wirtschaftliche Stützungsmaßnahmen würden die Finanzierung eines BGE im Gegenteil schwerer machen. Das wäre durchaus auch wirtschaftswissenschaftlich zu begründen. Ökonom*innen der Modern Monetary Theory argumentieren im Kern, dass es den Zentralbanken möglich sei, Staaten praktisch unbegrenzt mit Geld zu versorgen, ohne dass daraus Schuldenprobleme entstünden. Zumindest einige interpretierten schon die Aufkäufe von Unternehmenspapieren durch EZB und Fed so, dass auch die Unternehmen unbegrenzt mit Geld versorgt werden könnten. Sie dürften sich durch die aktuellen und für die nahe Zukunft diskutierten massiven Krisenhilfen auch für Großkonzerne darin bestätigt sehen. Man muss der genannten ökonomischen Theorie keineswegs folgen. Aber man kann fragen, ob die direkten Hilfszahlungen an Individuen, wie Einmalzahlungen an kleine und Soloselbstständige nicht als Hinweis darauf verstanden werden könnten, dass eine solche Ausstattung mit Geld auch für Individuen möglich wäre.

Es ist leicht verständlich, dass Grundeinkommensbefürworter*innen sich darin bestätigt sehen, dass die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) nicht an der Finanzierung scheitert, sondern am politischen Willen. Die Plausibilität der Grundeinkommensforderung war vielleicht tatsächlich noch nie so hoch wie jetzt in der Krise. Zwar sind die modernen Staaten höchst unterschiedlich unterwegs bei der Unterstützung für Betroffene. Längst nicht überall bekommen diejenigen etwas ab, die es am meisten bräuchten. Gerade in den arm gemachten Staaten des Südens, aber auch in so manchem Industrie- und Schwellenland, bekommen die Armen nichts. Im Gegenteil, Hunderte von Millionen Menschen weltweit lebten bisher davon, von anderen, oft ebenfalls Prekären, ein wenig Geld abzuzweigen. Sie taten das durch mehr oder weniger sinnvolle Dienstleistungen, durch den Verkauf von mehr oder weniger sinnvollen Produkten, durchaus auch durch direkte Entwendung. Nun steigt auch noch die Zahl derer, die auf ähnliche Einkommensquellen angewiesen wären, weil sie ihre prekäre formelle Arbeit verloren haben. Damit, aber auch durch den ausbleibenden Tourismus, sinkt gleichzeitig die Zahl derer, deren Geld man bekommen könnte. Und schließlich darf man ohnehin eigentlich nicht mehr dahin gehen, wo die sich Geldbesitzer*innen aufhalten. Tut man es doch, wird man nicht selten von der Staatsmacht vertrieben, direkt angegriffen, in den Knast gesperrt oder gar getötet.

Diejenigen reichen Länder, die auch den ärmeren Bevölkerungsteilen Überlebenshilfen angedeihen lassen, sind dabei keineswegs immer von menschenfreundlichen Motiven angetrieben. Es ist zwar offensichtlich richtig, wenn aus der Grundeinkommensszene gesagt wird, die Krise habe gezeigt, dass Menschen in der modernen Welt ohne Einkommen kaum leben könnten. Aber „die Wirtschaft“ kann im Kapitalismus nicht erfolgreich betrieben werden, wenn da keine Käufer*innen sind. Schon jetzt bestehen die „Hilfen“ in Deutschland im wesentlichen aus Krediten, die zurückgezahlt werden müssen, und man darf getrost unterstellen, dass eine ganze Reihe von Industriestaaten nach der Krise darauf setzen werden, dass Marktprozesse das alles regeln werden. Das wird neben gigantischen Profiten für wenige Pleiten zahlreicher kleiner und vielleicht auch einiger großer Unternehmen ebenso mit sich bringen wie Verarmung, ja Verelendung großer Teile der Bevölkerung. Und Regierungen, Parteien, Wirtschaftsführer*innen und Wissenschaftler*innen werden zu erklären versuchen, dass diesmal gelingen werde, was noch nie im Neoliberalismus gelang, dass der wachsende Reichtum weniger zu weniger Armut vieler führen werde.

Neben diesem absehbaren Szenario sehen wir eine zweite Gefahr. Auch aus staatlicher Sicht wird ein (neoliberales) Grundeinkommen in der Krise plausibler. Milton Friedman, auf den viele neoliberale Grundeinkommensmodelle zurückgehen, hatte den Gedanken geradezu paradigmatisch entwickelt. Er wollte Menschen ohne Einkommen bis zu einem Viertel des steuerlich freigestellten Betrages als negative Einkommenssteuer auszahlen und ansonsten jegliche öffentliche Unterstützung einstellen. Mit diesem Minimalbetrag wären die (meisten) Betroffenen nicht verhungert, aber sie wären gezwungen gewesen, jeden noch so üblen Job zu allen noch so miesen Bedingungen anzunehmen. Und der Staat hätte kräftig dabei gespart. Wir haben in unserem Aufruf deshalb betont, dass wir „ein Grundeinkommen als ein bedingungslos gewährtes Einkommen, das allen Menschen die Existenz sichert und die gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht“, verstehen. Nur dann wäre es ein sozialer und humanitärer Fortschritt.

Ansonsten haben wir bewusst darauf verzichtet, weitere Konkretisierungen eines BGE zu benennen. Es gibt bekanntermaßen höchst unterschiedliche Vorstellungen davon, was ein Grundeinkommen sein und was es leisten soll. So ist es zum Beispiel ein großer Unterschied, ob man es als sozialpolitische Maßnahme denkt, die vor allem Armut verhindert (da könnte es vielleicht auch ganz andere sinnvolle Maßnahmen für geben), oder ob es eher ein „Kulturimpuls“ sein soll, der es Menschen ermöglicht, zu tun, was sie besonders gut können und besonders gerne möchten. Und auch letzteres kann so ausgestaltet sein, dass es vor allem die freie Tätigkeit der Einzelnen fördert, aber in der Finanzierung die Unternehmen entlastet, oder so, dass es mit einer großen finanziellen Umverteilung von Reich zu Arm verbunden ist.

Diese Differenzen sind keineswegs banal und erschweren immer wieder die Zusammenarbeit einzelner Teile der Grundeinkommensszene mit anderen. In einer ernsthaften Debatte um die Einführung des BGE, wie wir sie mit dem Aufruf fordern, müssen auch diese Themen angesprochen werden. Es ist nicht zuerst die Aufgabe der Bewegung, sich auf ein einheitliches Modell zu verständigen, sondern das ist ein Anliegen von allgemeiner Bedeutung. Es bedarf eben einer gesamtgesellschaftlichen Debatte, was für ein Grundeinkommen wir wollen. Es muss demokratisch entschieden werden, welche Probleme wir mit einem BGE lösen, welche Fragen wir beantworten wollen. Sollen eher die Bedürfnisse der Ärmsten oder doch die der Wirtschaft im Vordergrund stehen? Wollen wir nur Staatsbürger*innen gut absichern oder jedem Menschen, gleichgültig welcher Herkunft und welchen Status', zusagen, dass für ihn gesorgt, dass er als Bereicherung angenommen ist? Wollen wir die bestehenden Sozialsysteme zu einem universellen System mit BGE ausbauen oder wollen wir sie zugunsten eines solchen abschaffen? Soll es nur in Deutschland eingeführt werden (und wie geht dann die Abgrenzung nach außen?) oder in der gesamten EU (und wie macht man dann den Armutsausgleich zwischen deren Mitgliedstaaten?) oder muss ein BGE angesichts der Tatsache der Migration gar ein globales Projekt sein?

Wir haben unter unserem Aufruf sehr unterschiedliche Menschen aus vielen gesellschaftlichen Sektoren und mit unterschiedlichen Zugängen zum BGE versammelt und dabei bewusst darauf geachtet, dass auch die gegensätzlichen Bedürfnisse und Interessen in der Grundeinkommensbewegung vertreten sind. Dabei haben wir nicht nur der Forderung freundlich gesonnene gesellschaftliche Sektoren im Blick gehabt wie etwa Freiberufler*innen, Kreative, Soloselbstständige oder Erwerbslose, sondern auch solche, die mit einem BGE eher fremdeln wie Gewerkschaften oder Unternehmer*innen. Wir haben darauf geachtet, dass diverse weltanschauliche, parteipolitische oder Glaubensüberzeugungen dabei sind, dass die beteiligten Wissenschaftler*innen nicht nur die Sozialwissenschaften repräsentieren und dass es Unterstützer*innen gibt, deren Beruf die Herstellung von Öffentlichkeit und die Unterstützung oder Gestaltung von gesellschaftlichen Debatten ist.

Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten versuchen, mit verschiedenen Mitteln die von uns geforderte Debatte voranzubringen, aber wir sind vor allem darauf angewiesen, dass deren Notwendigkeit breit gesehen und unterstützt wird. Wir fordern Sie, liebe Leserinnen und Leser, also auf, sich einzumischen, natürlich in den Zusammenhängen des „Freitag“, dem wir herzlich für die Möglichkeit danken, uns hier zu präsentieren, aber auch überall sonst, wo Sie Möglichkeiten dazu haben, in der Familie, im Beruf, in der Straßenbahn, gegenüber Ihrer Tageszeitung, in Petitionen und aller Art von öffentlicher Manifestation.